

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1307 –

Begrenzung der Einsatzdauer von Soldaten bei Friedensmissionen

A. Problem

Die Soldaten der Bundeswehr unterliegen bei ihren Einsätzen im Rahmen der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung, gegenwärtig insbesondere in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo äußerst erschwerten Bedingungen und außergewöhnlich hohen physischen und psychischen Belastungen. Trotzdem erfüllen sie vorbildlich ihre Pflicht und stärken damit das positive Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in den Einsatzländern. Die Begrenzung der Einsatzdauer der Soldaten auf vier Monate hat sich über Jahre hinweg bewährt und trägt wesentlich zur Motivation bei. Ein kürzerer Zeitraum wäre ineffizient, eine Ausweitung hingegen würde eine unverantwortliche Erhöhung der Belastung für die Soldaten und ihre Familien bedeuten.

Wegen der herausragenden Bedeutung der Friedenseinsätze und der ungewöhnlich hohen Belastung für die Betroffenen spielt die Einsatzfrequenz, d. h. eine ausreichende Zeitspanne zwischen Einsatz und Folgeeinsatz eines jeden Soldaten eine wichtige Rolle. Mögliche organisatorische oder strukturelle Probleme dürfen nicht zu Lasten der Gesundheit und des Wohls der Soldaten und ihrer Familien, die ein hohes Gut sind, gehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages, die Einsatzdauer der Bundeswehrsoldaten bei humanitären und Friedensmissionen auch zukünftig auf vier Monate zu begrenzen und dafür Sorge zu tragen, dass zwischen zwei Auslandseinsätzen eines jeden Soldaten, insbesondere auch der Spezialisten, ein hinreichender Zeitraum liegen muss.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 14/1307 wird abgelehnt.

Berlin, den 16. Februar 2000

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wiczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Peter Zumkley
Berichtersteller

Ursula Lietz
Berichtersterterin

Bericht der Abgeordneten Peter Zumkley und Ursula Lietz

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 79. Sitzung am 16. Dezember 1999 den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1307 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

In seiner 39. Sitzung am 16. Februar 2000 hat der **Auswärtige Ausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

In seiner 42. Sitzung am 16. Februar 2000 hat der **Rechtsausschuss** den Antrag beraten und erhebt einstimmig bei Stimmenthaltung eines Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine verfassungsrechtlichen oder rechtsförmlichen Bedenken gegen den Antrag.

III.

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 16. Februar 2000 eingehend beraten. Seitens der Fraktion der SPD wurde deutlich gemacht, dass eine sechsmonatige Einsatzdauer der Bundeswehrsoldaten aus Gründen der Effizienz der Streitkräfte und der Ausbildung sowie auch aus Fürsorgegründen zweckmäßig erscheint. Dies gelte auch für den internationalen Vergleich.

Die Absicht des Bundesministeriums der Verteidigung, zwischen zwei Auslandseinsätzen eine zweijährige einsatzfreie Zeit vorzusehen, sei nur bei einer sechsmonatigen, nicht aber bei einer viermonatigen Dauer möglich.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wird mehrheitlich deutlich gemacht, dass man eine viermonatige Einsatzdauer befürworte. Bei einem längeren Einsatz würde dies zu einem Rückgang bei den Bewerbern für einen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr und auch zu weniger Akzeptanz bei den Familien führen. Im Übrigen sei man der Auffassung, dass auch bei einem sechsmonatigen Einsatz eine versprochene zweijährige einsatzfreie Zeit nicht immer gewährleistet werden könne.

Aus Sicht der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** würden die derzeit im Einsatz befindlichen Soldaten eine sechsmonatige Einsatzdauer mit einer Urlaubsunterbrechung von 14 Tagen durchaus akzeptieren. Anzeichen für ein Abnehmen der Freiwilligkeit bei Wehrpflichtigen für einen längeren Dienst in der Bundeswehr habe man ebenfalls nicht feststellen können.

Die **Fraktion der F.D.P.** machte deutlich, dass es keine sinnvolle Alternative für ihren Antrag und die darin gegebene Begründung gebe.

Der **Verteidigungsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vier Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der übrigen Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie bei einer Enthaltung bei der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS.

Berlin, den 23. Februar 2000

Peter Zumkley
Berichtersteller

Ursula Lietz
Berichterstellerin